

AfD Sachsen: Dresdner Jusos gegen Freiheit der Wissenschaft

Dresden, 31. Oktober 2016

Die AfD Sachsen hat den Jusos Dresden vorgeworfen, die Freiheit der Wissenschaft mit Füßen zu treten. „Die TU aufzufordern, den Schweizer Zeithistoriker Daniele Ganser von der externen (!) Veranstaltung ‚Dresden Gespräche‘ auszuladen, weil man dessen Auffassungen nicht teilt, ist unverfroren“, erklärt Landesvize Thomas Hartung. „Nur in den Zeiten der Diktatur wurden in Deutschland Autonomie und Freiheit der Lehre aufgehoben. Ohne diese Freiheit der Lehre und Forschung sowie die Selbstverwaltung der Universitäten hätte der wissenschaftliche, technische, wirtschaftliche und soziale Aufstieg des modernen Europas nicht stattgefunden. Insofern verlassen die Jusos allein mit dem Ansinnen den Boden der Demokratie, deren Grundlagen Meinungsfreiheit und politischer Diskurs bilden.“

Hartung sieht den Vorgang als Mosaikstein in einer ungunstigen Entwicklung, die zu totalitären Zuständen führen könnte. „Erst letzte Woche wurde Jörg Baberowski an der Bremer Uni zu sprechen verwehrt. Wir können den Geist der Aufklärung zu Grabe tragen, wenn wir uns nicht inhaltlich mit Thesen auseinandersetzen, die uns nicht behagen. Überdies stellt sich die Frage, welche geringe Meinung die Jusos von Gansers Zuhörern haben, wenn sie eine Veranstaltung verhindern wollen, weil sie den Zuhörern nicht zutraut, sich vermöge ihres eigenen Verstandes mit Gansers Auffassungen auseinanderzusetzen? Die linke ‚taz‘ würdigte 2008 in Gansers Dissertation die sorgfältige Recherche des Autors und seine sachliche Darstellung. Acht Jahre später hat sich diese Bewertung nicht nur ins Gegenteil verkehrt. Nein, die Jusos stellen ihrer Forderung auch noch eine Grafik voran, die Ganser und sein Thema ‚Illegale Kriege – Wie die NATO-Länder die UNO zerstören‘ in einen Zusammenhang mit Pegida, Nationalismus und Rechtspopulismus stellt. Das ist absurd.“

Für Rückfragen:

Dr. Thomas Hartung

0178/5443426

thomas.hartung@afdsachsen.de

Der AfD-Landesverband Sachsen wurde am 28.04. 2013 gegründet und hat derzeit über 1300 Mitglieder. Landesvorsitzende ist die Leipziger Unternehmerin Dr. Frauke Petry (41). Die AfD fordert eine Neuordnung des Asyl- und Migrationsrechts mit sofortigem Stopp der unkontrollierten Einwanderung. Sie verlangt die geordnete Auflösung des Euro-Währungsgebiets mit einer Wiedereinführung nationaler Währungen bzw. kleinerer, stabilerer Währungsverbände, mehr direkte Demokratie, einheitliche Bildungsstandards sowie ein bezahlbares Energiekonzept. Außerdem tritt sie für neue Konzepte in der aktiven und passiven Steuerpolitik sowie der Altersvorsorge ein.